



HESSISCHER LANDTAG

02. 10. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Das ÖPNV-Desaster ist das Ergebnis von zehn Jahren schwarz-grüner Landespolitik in Hessen und Schwarz-Rot macht einfach weiter so

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass unter der schwarz-grünen Landesregierung und über ein Jahrzehnt hinweg zu wenig in die Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs investiert wurde. Die Vernachlässigung der Infrastruktur hat zu einem in Teilen stark veralteten Schienennetz geführt, das für die aktuelle, teils katastrophale Unzuverlässigkeit des ÖPNV in Hessen mit verantwortlich ist. Statt Investitionen zu tätigen, entschied sich Schwarz-Grün für Fahrkartensubventionen in Form des Landestickets, des Sozialtickets, des Seniorentickets und des Schülertickets. Dazu kommt das Deutschlandticket, welches durch seinen zu niedrigen Preis Fahrgeldausfälle bei den Verbünden verursacht. Das Ergebnis fehlender Investitionen sind Fahrtausfälle, Verspätungen und eine Reduzierung der Taktung, die die Zuverlässigkeit und Attraktivität des ÖPNV insgesamt in Frage stellt.
2. Der Landtag stellt fest, dass die unzureichende Taktung von Bussen und Bahnen im hessischen Nahverkehr zu Mobilitätsdefiziten gerade in ländlichen Regionen führt.
3. Der Landtag stellt dringenden Handlungsbedarf bei der Personalpolitik im ÖPNV fest, weil die Verkehrsverbünde seit Jahren aufgrund ihrer Abhängigkeit von politischen Entscheidungen nicht mehr die Mittel zur Verfügung haben, um eine zukunftsorientierte Personalpolitik zu finanzieren und die Arbeit im ÖPNV attraktiv zu gestalten. Der gravierende Mangel an Lokführern und Stellwerkspersonal führt regelmäßig zu Zugausfällen.
4. Der Landtag stellt fest, dass Sicherheit, Sauberkeit und moderne Züge essentiell für die Attraktivität des ÖPNV sind.
5. Der Landtag stellt fest, dass der tägliche Weg zur Arbeit für immer mehr Pendler zur Herausforderung wird. Besonders betroffen sind Haushalte mit niedrigen Einkommen, perspektivisch auch mittlere Einkommenschichten. In weiten Teilen Hessens fehlt ein verlässliches ÖPNV-Angebot. Viele Haushalte sind daher auf das Auto angewiesen, können sich Mobilität jedoch aufgrund der durch links-grüne Politik betriebenen Verteuerung des Autofahrens, sowie durch Ticketteuerungen, zunehmend nicht mehr leisten.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Subventionspolitik des Landes im ÖPNV zugunsten von Investitionsspielräumen zu überarbeiten. Außer den subventionierten Angeboten für Schüler, Senioren und dem Landesticket sind sämtliche Sozialtickets und pauschalen Zuschussprogramme zu prüfen und gegebenenfalls abzuschaffen. Die freiwerdenden Mittel sind zweckgebunden in Sanierung, Betriebsstabilität und Kapazitätsausbau des ÖPNV zu investieren.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat darauf zu drängen, eine angemessene Preisgestaltung des Deutschlandtickets für eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV zu vereinbaren. Die Kombination aus Preisdeckelung, hoher Nachfrage und unzureichender Kostendeckung gefährdet die Investitionsfähigkeit der Verkehrsverbünde. Gelingt dies nicht, muss der Bund zusätzliche Bundesmittel für Investitionen bereitstellen.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zusammen mit den Verkehrsverbünden eine „Sanierungs- und Qualitätsoffensive ÖPNV“ mit messbaren Jahreszielen zu erarbeiten. Diese muss die Pünktlichkeit im ÖPNV priorisieren, Kapazitätsreserven schaffen, Taktungen erhöhen, ausreichend qualifiziertes Personal rekrutieren und die Sicherheit und Sauberkeit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen deutlich verbessern. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich zu dem Ziel eines „Qualitäts-ÖPNV in Hessen“ zu bekennen.

Begründung:

Um dringend benötigte Investitionen tätigen zu können, müssen die Verkehrsverbünde wieder befähigt werden, mindestens 50 Prozent ihres Budgets durch Fahrkartenverkäufe zu erwirtschaften und maximal 50 Prozent durch Steuergeld und Subventionen zu erhalten. Die derzeitige Verteilung von etwa 70 Prozent Steuergeld zu 30 Prozent Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen, wie das seit Einführung des Deutschlandtickets der Fall ist, hat den unternehmerischen Spielraum für die hessischen Verkehrsverbünde deutlich verschlechtert.

Wer einen Mercedes fahren will, muss diesen Mercedes auch bezahlen wollen. Sozialpolitik mit Subventionen einerseits und fehlende Investitionen andererseits laufen dem Ziel zuwider, einen Qualitäts-ÖPNV in Hessen zu schaffen und zu erhalten. Hierzu ist ein klares Bekenntnis der Landesregierung nötig, mit Setzung von Prioritäten, die Sanierung und Modernisierung des ÖPNV in Hessen realisieren zu wollen.

Wiesbaden, 1. Oktober 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe